

Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 2. August 2008

118. Jahrgang Nr. 31.678

„Ein Süchtiger ist kein Krimineller“

Die Regierung will das „Drogengesetz“ reformieren

Buenos Aires (AT/cal) – Ein Süchtiger soll nicht mehr strafrechtlich verfolgt werden, wenn er Drogen für den Eigenkonsum besitzt und von der Polizei dabei erwischt wird. Auch soll der Zugang zu Entzugstherapien vereinfacht werden. Dies sagte am Dienstag der Justiz- und Sicherheitsminister Aníbal Fernández in der Stadt Buenos Aires, als er in Anwesenheit der Präsidentin Cristina Kirchner die Resultate einer nationalen Erhebung zum Suchtverhalten von Argentinern bekannt gab. Eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Richtern, Staatsanwälten und Soziologen, habe bereits erste Entwürfe für eine Gesetzesvorlage erarbeitet, die spätestens vor Jahresende dem Kongress vorgelegt werden solle, so Fernández.

Mit dem neuen Drogengesetz wolle die Regierung dem Recht auf Gesundheit mehr Gewicht geben und „Schäden vermindern“, sagte der Justizminister. Dabei sei unter anderem geplant, saubere Spritzen an Heroinabhängige zu verteilen, um zu verhindern, dass sie sich mit Krankheiten wie Aids ansteckten.

Ein Mitglied der Arbeitsgruppe stellte klar: „Die Gesetzesreform bedeutet nicht, dass die Drogen legal werden. Das Beschaffen von illegalen Substanzen bleibt strafbar.“ In den erarbeiteten Unterlagen der Experten wird denn auch verlangt, dass die Verfolgung von Drogenhändlern besser organisiert werde. Die Grenzen seien schlecht bewacht und die Zusammenarbeit zwischen den Provinzen und der Bundespolizei



Cristina Kirchner:
„Drogenhändler müssen verfolgt werden.“

mangelhaft.

Die Erhebung zeigt, dass der Alkohol- und Tabakkonsum am weitesten verbreitet ist und am meisten Probleme in der argentinischen Bevölkerung verursacht. Die Zahl der Personen, die mindestens einmal in ihrem Leben Kokain konsumiert haben, soll in den letzten vier Jahren nicht zugenommen haben. Der Regierung zufolge handelt es sich dabei um 2,4 Prozent der Bevölkerung. Der Konsum von illegalen Suchtmitteln generell aber ist zwischen 2004 und 2008 um 0,9 Prozent angestiegen. Insgesamt wurden im Verlauf dieses Jahres landesweit 51.000 Personen im Alter zwischen 16 und 65 Jahren befragt.

Präsidentin Cristina Kirchner sagte in ihrer Rede, dass sie nicht damit einverstanden sei, dass ein Süchtiger wie ein Krimineller behandelt werde. „Diejenigen, die verfolgt werden müssen, sind jene, die die

Drogen verkaufen.“

Der Leiter der staatlichen Drogenbekämpfungsstelle Sedronar, José Granero, ist nicht begeistert über Fernández' Pläne. „Unser Gesundheitssystem ist nicht darauf vorbereitet, allen straffälligen Süchtigen einen Therapieplatz anzubieten.“ Zum anderen stellte er die Umfrageergebnisse des Justizministeriums in Frage. Sedronar kenne andere Zahlen, wenn es beispielsweise um den Kokainkonsum ginge. „Unseren Erhebungen zufolge sind es rund acht Prozent der Bevölkerung.“

Schüchterne Annäherung

Erwartetes Treffen zwischen Kirchner und Cobos nach Niederlage

Buenos Aires (AT/cal) – Nachdem ein bißchen Zeit verstrichen ist, seit dem „historischen“ Nein von Julio Cobos, ist es diese Woche in der Stadt Buenos Aires zum allseits erwarteten Treffen zwischen ihm und Präsidentin Cristina Kirchner gekommen.

Vizepräsident Cobos, der mit einem Lachen ins Regierungsgebäude Casa Rosada hineinlief und es mit einem besorgten Gesicht wieder verließ, hatte sich vom Gespräch wohl mehr verhofft.

Die Präsidentin soll, wie später aus regierungsnahen Quellen zu vernehmen war, sehr distanziert, ernst und bestimmt gewesen sein. Sie habe zu ihrem Vize gesagt, dass sie nach wie vor nicht verstehen könne, wieso er gegen die Gesetzesvorlage gestimmt habe. „Du hast mit deiner Entscheidung, die Regierung in eine schwierige Situation gebracht“, sagte

sie. Julio Cobos verteidigte seinen Schritt im Senat: „Ich glaube, ich habe das Richtige gemacht.“

Am 17. Juli in der Früh waren nach einer Marathonsitzung im Senat alle Augen im Lande auf Cobos gerichtet: Er hatte zu entscheiden, ob die Gesetzesvorlage zur Erhöhung der Exportsteuern auf Soja und Sonnenblumenerzeugnisse angenommen wird oder nicht. Es war zu einem Unentschieden gekommen und Cobos als Vorsitzender der Kammer musste die alles entscheidende Stimme abgeben. Was die Regierung von ihm als Vize und Verbündeter erwartete, war klar. Er aber stimmte dagegen. Zur Freude der Landwirte, die davor über drei Monate gegen die neuen Exportzölle protestiert und zeitweise Straßen gesperrt hatten.

Trotz der sehr kühlen Begegnung kann man von einer schüchternen Annäherung sprechen. Cristina Kirchner gab Cobos zu verstehen, dass er nach wie vor ihr Vize sei. Und er entschied sich, die von der Regierung boykottierte Landwirtschaftsausstellung (Rural) in Buenos Aires nicht zu besuchen. Die Agrarverbände hatten den Vize zur Rural eingeladen.

Julio Cobos gehört im Grunde genommen der Partei Radikale Bürgerunion (UCR) an. Im vergangenen Jahr gingen aber er und andere seiner Parteigenossen mit Cristina und Ehemann Néstor Kirchner von der Justizialistischen Partei eine Allianz ein. Auf diese Weise konnte sich Cristina Kirchner die Präsidentenwahl sichern. Als Gegenleistung versprach sie den Radikalen K, wie Cobos und die anderen UCR-Dissidenten genannt werden, politische Ämter. Die Allianz droht nun auseinander zu brechen.

An advertisement for digital services. It features a circular logo with the text "SERVICIOS DIGITALES" at the top and "WWW.MULTIMEDIA.COM.AR" at the bottom. In the center of the logo is a stylized globe. To the right of the logo, the text reads: "CD Rom / Touch-Screen", "Web / Video Digital", "3D / Animaciones", "(5411)4703-5509", and "www.multimedia.com.ar".

SERVICIOS DIGITALES
WWW.MULTIMEDIA.COM.AR

CD Rom / Touch-Screen
Web / Video Digital
3D / Animaciones

(5411)4703-5509
www.multimedia.com.ar

„Ich glaube an Cristina“

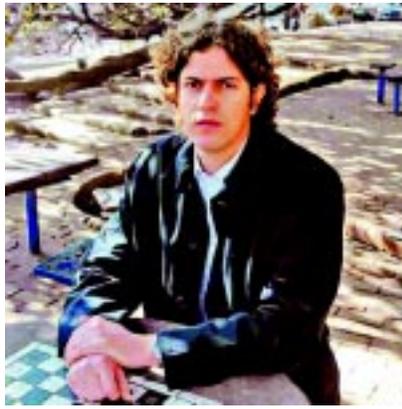
Erstes Interview nach Lousteaus Rücktritt aus der Regierung

Buenos Aires (AT/cal) – Wie er auf einen Schlag mit seiner Ernennung als Wirtschaftsminister an die Öffentlichkeit rückte, tauchte er nach seinem Rücktritt von einem auf den anderen Tag ab. Und ließ nichts mehr von sich hören – keine Stellungnahme, keine Kritik, keine Interviews.

Nun hat er sein Schweigen gebrochen. Am letzten Sonntag erschien in der Tageszeitung Clarín das erste Interview seit seinem Rücktritt vom 24. April. In einer Bar im Stadtviertel Belgrano von Buenos Aires sprach er über Präsidentin Cristina Kirchner, über ihren Ehemann Néstor und über seinen Spinnfeind: der Staatssekretär für Binnenhandel, Guillermo Moreno.

„Eine demokratische Regierung sollte nicht einen Mitarbeiter haben, mit den Umgangsformen und der Arbeitsweise, wie Moreno sie pflegt“, sagt der 37-Jährige. „Und eine intelligente Regierung nicht einen Mitarbeiter mit dieser Unfähigkeit.“ Der Staatssekretär arbeite unbeschreiblich ineffizient. Überall, wo sich Moreno einmische, blieben Scherben zurück. „Moreno sollte aus der Regierung rausgeworfen werden.“

In seiner viermonatigen Amtszeit kam es zwischen ihm und Moreno zu zahlreichen Auseinandersetzungen. Der Staatssekretär, der Lousteau unterstellt war, entschied mehrere Male über den Kopf seines Vorgesetzten hinweg, teilte unter anderem der Öffentlichkeit die neue Inflati-



Ex-Wirtschaftsminister Martín Lousteau: „Moreno ist unbeschreiblich ineffizient.“

onsraten-Berechnung mit, ohne vorher dem Wirtschaftsminister Bescheid zu sagen. Kurz vor Lousteaus Rücktritt sah man die beiden bei einem offiziellen Anlass auf der Plaza de Mayo in der Öffentlichkeit streiten – mit eindeutigen Drohgebärden.

Lousteau war nicht der erste Wirtschaftsminister und ist nicht der erste Politiker, der sich über Moreno beklagt. In regierungsnahen Kreisen heißt es, wenn Moreno an einer Sitzung teilnehme, bei welcher über Preise verhandelt werde, lege er vorweg die Pistole auf den Tisch. Seit letzter Woche wird gemunkelt, dass Morenos Tage in der Regierung gezählt seien.

Lousteau hatte die unangenehme Aufgabe, die neue Berechnungstabelle zur Erhöhung der Exportsteuern auf Soja und Sonnenblumenerzeugnisse zu erarbeiten und vorzustellen. Das führte in Argentinien ab März zu einem über dreimonatigen Konflikt zwischen der Regierung und dem Landwirtschafts-

sektor. Inmitten des Streits trat er zurück.

„Ich bin nach wie vor von dieser Berechnungstabelle überzeugt“, sagt Lousteau, räumt aber ein, dass sie einige Fehler aufweise. An Präsidentin Cristina Kirchner und an ihren Plänen glaubt er nach wie vor. Er kritisiert aber, dass ihre Regierung zu sehr derjenigen ihres Mannes und Ex-Präsidenten Néstor Kirchner ähnele. „Jetzt ist aber sie an der Macht. Sie muss ihren eigenen Stil einbringen, ihre Visionen, ihre Ideen.“

WOCHENÜBERSICHT

Straßenschlachten in Córdoba

Zwanzig Verletzte und mindestens zwölf Festgenommene sowie zerstörte Autos – das ist die Bilanz von Ausschreitungen am Mittwoch in der Stadt Córdoba der gleichnamigen Provinz. Staatsangestellte protestierten vor dem Parlamentshaus gegen eine Gesetzesvorlage, während die Abgeordneten drinnen debattierten. Der Gesetzesentwurf wurde schließlich angenommen, was bedeutet, dass viele der Staatsangestellten künftig eine gekürzte Rente erhalten. Die Regierung der Provinz der letzten Jahren hatten versäumt, die Pensionskasse anzugleichen. Das Defizit glich bisher die nationale Regierung aus – jetzt wird sie es nicht mehr tun.

Biologische Familien kennen gelernt

Zwei junge Argentinier mehr wissen nun, wer ihre Eltern waren und wer ihre noch lebenden Familienangehörigen sind. Die Menschenrechtsorganisation Großmütter der Plaza de Mayo hat am Mittwoch in einer Pressekonferenz in der Stadt Buenos Aires mitgeteilt, dass mittels DNA-Tests die wahre Identität einer 31-jährigen Frau und eines 28-jährigen Mannes festgestellt werden konnte. Sie sind Kinder von früheren Regimegegnern, die während der

letzten Diktatur (1976-83) „verschwanden“ und nie wieder aufgetaucht sind. Die 31-Jährige kam 1977 in einem Geheimgefängnis auf die Welt, wo Militärs ihre Mutter festhielten. Der 28-Jährige wurde 1980 seinen Eltern entrissen, als sie mit ihm nach Argentinien einreisten und eine Militärkontrolle passierten. Beide wurden unter einem anderen Namen bei Adoptiveltern groß gezogen. Die Großmütter der Plaza de Mayo haben nun 92 solche Kinder wieder zu ihren biologischen Familien zurückführen können. Insgesamt rechnen sie damit, dass die Militärs rund 500 Kinder den gefangenen Frauen entrissen haben.

Ex-Gouverneur Alvarez Guerrero gestorben

Im Alter von 67 Jahren ist der Anwalt und ehemalige Gouverneur der Provinz Río Negro, Osvaldo Alvarez Guerrero, am letzten Sonntag in der Stadt Buenos Aires gestorben. Er hatte am Mittwoch vergangener Woche einen Herzschlag erlitten. Alvarez Guerrero war eine wichtige Person in der Partei Radikale Bürgerunion (UCR) und ein guter Freund seines Parteikollegen und Ex-Präsidenten Argentinien, Raúl Alfonsín. Als 1983 mit Alfonsín die Demokratie zurückkehrte, wurde Alvarez Guerrero zum Gouverneur und 1987 zum Abgeordneter

dieser Provinz gewählt.

Vier Nächte lang keine Colectivos

In den Nächten von Samstag bis Dienstag gingen so manche Menschen in der Stadt und in der Provinz Buenos Aires zu Fuß nach Hause – unfreiwillig. Die Busfahrer (Colectivo-Fahrer) legten jeweils ab 22 Uhr aus Protest ihre Arbeit nieder und forderten mehr Sicherheit. Grund dafür war der Tod eines Arbeitskollegen, der am Donnerstag vor einer Woche von einem betrunkenen Fahrgast angegriffen und mit dem Messer niedergestochen worden war. Die Busfahrer verlangen unter anderem, dass in den Colectivos Sicherheitskabinen für die Fahrer eingerichtet werden. Am Mittwoch hoben sie den Streik wieder auf, nachdem ihre Gewerkschaft mit Vertretern der Regierung sich darauf einigen konnte, dass in Zukunft mehr Sicherheitsvorkehrungen unternommen werden.

Greenpeace stoppt Abholzung

Mitglieder von Greenpeace haben am Dienstag in der nördlichen Provinz Salta eine illegale Waldrodung gestoppt. Die Umweltschutz-Organisation machte den ehemaligen Gouverneur der Provinz Salta, Juan Carlos Romero, für diese Abholzung verantwortlich. Er habe bewusst, kurz bevor

der Kongress in Buenos Aires das „Waldgesetz“ angenommen hat, zahlreiche Abholzungen noch gut geheißen. Das neue Gesetz besagt, dass unter anderem in Salta vorerst keine Bäume mehr abgeholzt werden dürfen, bis ein klares Projekt erarbeitet worden ist, wo, wie viele und welche Bäume abgeholzt werden dürfen.

Transvestiten sind umgezogen

Nach monatelangen Diskussionen, Verhandlungen und Vorbereitungen sind am Montag die Transvestiten in der Stadt Buenos Aires vom bekannten Rosedal auf die Plazoleta Florencio F. Sánchez umgesiedelt. Beide Orte befinden sich in der riesigen Parkanlage Parque Tres de Febrero im Stadtteil Palermo. Der Unterschied ist, dass der neue Strich der Transvestiten nun weiter entfernt von den Wohnvierteln liegt. Die Prostituierten hatten sich anfänglich geweigert, den weitläufigen Rosedal zu verlassen. Als die Stadtregierung aber verschiedene Forderungen der Transvestiten akzeptierte, lenkten sie ein. So hat die Regierung auf der Plazoleta Florencio F. Sánchez Straßenbeleuchtungen installiert und Toilettenhäuschen aufgestellt sowie für die Sicherheit der Prostituierten Polizeibeamten beim Eingang des Rotlichtmilieus positioniert.

(AT/cal)

Folterer entkommen

Buenos Aires (AT/cal) – Wie er flüchten konnte und wo er ist, weiss man nicht. Aber: Die Ermittlungen sind im vollen Gange, zwei Gefängniswärter wurden bereits festgenommen und ein Lösegeld von 150.000 Pesos soll helfen, seinen Aufenthaltsort so rasch wie möglich mit Hinweisen aus der Bevölkerung ausfindig zu machen.

Der Ex-Militär Julián Corres ist am Samstag vor einer Woche aus einem Polizeiposten in Bahía Blanca im Süden der Provinz Buenos Aires entkommen. Seither ist er flüchtig. Er sitzt wegen Menschenrechtsverletzungen während der letzten Militärdiktatur (1976-83) in Untersuchungshaft. Der 55-Jährige wird für Entführung in 47 Fällen, Folter in 38, Mord in 17 und das Verschwindenlassen von Personen in sieben Fällen verantwortlich gemacht. Im Geheimgefängnis La Escuelita in Bahía Blanca soll er regelmäßig aktiv bei Folterungen beteiligt gewesen sein, wie Überlebende aus dieser Zeit berichten. Er habe mit Elektroschock die Gefangenen gequält und Frauen vergewaltigt.

Am Sonntag wurde das Polizeirevier auf Anordnung des Sicherheits- und Justizministers, Aníbal Fernández, durchsucht und die dort elf zuständigen Beamten entlassen. Zwei von ihnen wurden festgenommen. Sie stehen unter Verdacht, Corres zur Flucht verholfen zu haben. Eine Spezialeinheit der Sicherheitskräfte durchkämmte Bahía Blanca und ihre Umgebung und kontrollierte alle Fahrzeuge, die aus der Stadt herausfahren.

Auf gleichem Kurs

Wer angenommen hat, dass die Niederlage der Regierung im Se-nat nach der Negativ-Stimme des Vizepräsidenten Julio Cobos einen neuen Kurs in der Regierungsführung bewirken würde, war entschieden falsch beraten und unterschätzte das Ehepaar Kirchner, das Argentinien seit dem 25. Mai 2003 regiert. Die umstrittenen Exportzölle wurden zwar auf die vor dem 10. März geltenden Sätze zurückgeführt, wie es Parteichef Néstor Kirchner in seiner Brandrede vor dem Kongressgebäude versprochen hatte, falls das betreffende Gesetzesprojekt bachab ginge, aber nachfolgenden Entscheidungen deuten darauf hin, dass der gleiche Kurs gilt, wie er fünf Jahre lang geübt worden war.

Eine allseits erwartete Kabinettsumbildung trat keinesfalls ein. Nur Kabinettschef Alberto Fernández verzichtete auf sein Amt. Er war deutlich amtsmüde und empfand, dass seine Position in der Regierung geschwächt worden war, so dass er offenbar kein Mitspracherecht mehr hatte. Die Regierung des Ehepaars Kirchners wurde seit 2003 von einem Quintett geführt, das die maßgeblichen politischen Entscheidungen traf. Neben dem Ehepaar, in dem Néstor Kirchner weitgehend führt, zählen auch der Präsidialsekretär Carlos Zannini, der alle Dekrete und Gesetzesentwürfe überwacht bzw. selber redigiert, sowie Planungsminister Julio De Vido und besagter Alberto Fernández zur Führungsriege.

Die Demission des Kabinettschefs, der auch Vorsitzender der regierenden Justizialistischen Partei in der Stadt Buenos Aires ist, war keineswegs vom regierenden Ehepaar gefordert worden. Fernández trug sich längst mit dem Gedanken, aus der Exekutive auszuschcheiden, hatte er doch seinerzeit empfohlen, dass die Präsidentin bei ihrem Amtsantritt am 10. Dezember 2007 ein neues Kabinett ernenne, darunter mit einem anderen Kabinettschef. Unlängst hatte er angedeutet, dass er zurückzutreten hoffe. Zuletzt vollzog er seinen Rücktritt, teilte ihn den Medien mit, ehe das Schreiben der Präsidentin persönlich überreicht worden war. Diese formelle Unfreundlichkeit, die sich nicht ziemt, hat das Ehepaar offenbar geärgert.

Sein nur 37-jähriger Nachfolger Sergio Massa, den die Präsidentin am gleichen Tag der Demission von Fernández berief, ist indessen kein echter politischer Nachfolger. Das regierende Quintett ist auf ein Quartett geschrumpft, wobei Minister Julio De Vido als deutlicher Sieger in seinem ständigen Streit mit dem scheidenden Kabinettschef hervorging. De Vido kontrolliert den maßgebenden Bereich der Infrastruktur, wo die gefährlich zunehmenden Subventionen bei niedrigen Tarifen angesiedelt sind. Massa hat offenbar keinen Einfluss darauf. Als politisches Symbol mag die Fotografie gelten, die Massa zwischen De Vido und seinem Transportsekretär Ricardo Jaime unmittelbar nach dem Amts-

eid zeigte, als das Projekt über die Rückverstaatlichung von Aerolíneas Argentinas formell angekündigt wurde. Massa ist bewährter Staatsverwalter als Leiter der Sozialstelle Anses ab 2002 bis Ende 2007. Als Politiker sammelte er nur einige Erfahrung in seiner Eigenschaft als frisch gebackener Bürgermeister des Bezirks Tigre, nördlich von Buenos Aires, auf das er nicht verzichtete, als er zum Kabinettschef ernannt wurde, indem er sich vorsichtshalber nur beurlauben ließ.

Erste politische Handlungen nach der Niederlage im Senat zeigen, dass das Ehepaar Kirchner im gleichen Stil weiter regiert, indem zunächst Rache an sogenannten Verrätern und an politischen Gegnern geübt wurde. Ein halbes Dutzend politischer Freunde des Vizepräsidenten wurde aus Staatsämtern fristlos entlassen. Landwirtschaftssekretär Carlos Cheppi, der den farblosen Javier de Urquiza ersetzt, weigerte sich, die vier Mitglieder der Führungsriege, Spanisch genannt "Comisión de Enlace", gemeinsam zu empfangen. Mehrere Staatsstellen, darunter das Landwirtschaftssekretariat, zogen ihre angekündigte Präsenz auf der jetzigen traditionellen Rural-Ausstellung zurück, nachdem bereits Gebühren für die Ausstellungsstände bezahlt worden waren. Diese und andere Racheakte des regierenden Ehepaars wurden in den Medien akribisch verzeichnet.

Auch die inzwischen erfolgten Ankündigungen und politischen Auftritte im Regierungsgebäude oder anderswo zeigen deutlich, dass der gleiche politische Kurs gilt. Die Inflation, die es in der offiziellen Sprachregelung überhaupt nicht gibt, weil sie nicht erwähnt werden darf, frohlockt derweilen mit neuen Lohnzulagen, zuletzt des gesetzlichen Mindestlohns um 27 Prozent im Maß der außeramtlich geschätzten Teuerung, und mit neuen Großprojekten wie die Schnellbahn Buenos Aires-Mendoza. Laut offizieller Sprachregelung wird es keine weiteren Rücktritte nach De Urquiza und Fernández mehr geben. Alles geht offenbar gleich wie vor dem 130-tägigen Streit der Regierung mit der Landwirtschaft, als ob dabei nichts geschehen wäre, derweil die Wirtschaft leicht erlahmt und die Inflation kräftig aufwärts strebt.

Randglossen

Nach Racheakten des Ehepaars Kirchner gegen den Vizepräsidenten Julio Cobos, weil er mit seiner Stimme das Gesetzesprojekt über die beweglichen Exportzölle bachab geschickt und eine politische Krise bewirkt hatte, erwärmten sich die Beziehungen zwischen der Präsidentin und ihrem Stellvertreter, als Cristina Kirchner ihre Anwesenheit in Adrogué für eine politische Handlung absagte, um Cobos im Amtszimmer zu empfangen, der die Audienz am gleichen Vormittag schriftlich beantragt hatte. Fotografen wurden nicht zugelassen. Es ging in der Substanz um die Zukunft der wahlpolitischen Allianz zwischen der Regierungspartei und der Abspaltung der radikalen UCR, genannt Radikale K, der Cobos als führender Politiker angehört, wobei fünf Gouverneure, 155 Bürgermeister und zahllose Parlamentarier mitmachten. Dank den am 28. Oktober 2007 durch Radikale K gesammelten Stimmen erreichte man damals die notwendige Mehrheit von 45 Prozent. Das Kirchner-Ehepaar hatte gesiegt. Cobos wirkte als Steigbügelhalter.

Offenbar wissen die Radikalen K jetzt nicht, wo sie politisch angesiedelt sind. Ob die wahlpolitische Allianz auch im Oktober 2009 gelten wird, ist keinesfalls geklärt. Die Rache der Kirchners gegen Abtrünnige, gegebenenfalls auch Verräter, zerstört die Allianz, wogegen sie für treue Radikale K weiter am Werk ist. Sie wurden weder entlassen noch gemaßregelt, allenfalls auch neue Radikale K ernannt wie Gustavo López in der Exekutive. Cobos hatte sich mit seinen Getreuen vor der Audienz verabredet, die politischen Beziehungen mit der Präsidentin abzuklären, was freilich ausblieb. Ein neuer Schwebezustand ist zwischen dem Ehepaar Kirchner und den Radikalen K entstanden, der weder einem definitiven Bruch noch einer Normalisierung entspricht. Bis auf Weiteres.

MAXINTA

Casa de Cambio
Sociedad de Bolsa

Máximo Intaglietta
Fernán Peralta Ramos
Magdalena Brennan
Carola Seleguan

Sarmiento 378 6° y 7° 4334-4400

Vorbereitung auf die Apertura

Racing blutet aus River will Titel verteidigen

Buenos Aires (AT/nor) - Noch gut eine Woche, dann ist die fußballerische Zeit endlich vorbei und die endlos langen Sonntage bekommen wieder ein wenig Abwechslung. Für Racing wird es wohl erneut eng werden, River spielt weiterhin mit Ariel Ortega und neuem System. In der Vorbereitung auf die am kommenden Freitag beginnende Apertura könnten die Voraussetzungen beider Traditionsclubs unterschiedlich kaum sein. Die Weißblauen aus Avellaneda bluten förmlich aus, elf Abgänge stehen bislang lediglich vier Neuzugänge gegenüber. Gestern stieß Angreifer Pablo Lugüercio zum Team, der für ein Jahr von Estudiantes ausgeliehen wurde und für eine Belebung des schwachen Angriffs sorgen soll. Dass die amtierende Geschäftsführung der Fußballabteilung geschlossen zurückgetreten ist und der Verbleib von 20 Millionen US\$ weiterhin unklar, dürfte kaum für mehr Ruhe im Umfeld sorgen. Unter diesen Umständen wird es ganz schwer, die Klasse ein weiteres mal zu halten.

Ganz anders dagegen die Situation beim amtierenden Meister: Nachdem der Disput zwischen Trainer Diego Simeone und Kapitän Ariel

Ortega beigelegt sowie dessen anvisierter Wechsel in die Vereinigten Arabischen Emirate vom Tisch ist, kann in aller Ruhe und mit breiter Brust das Thema Titelverteidigung angegangen werden. Dabei setzt Simeone weitgehend auf den Kader vom letzten Jahr, probiert aber zur Zeit mit dem 3-4-2-1 ein völlig neues System aus, welches in der Vorbereitung noch nicht die erwünschten Ergebnisse zeitigte. Obendrein such der Verein noch nach Ersatz für den nach Jerusalem abgewanderten Stürmer Sebastián Abreu.

Unterdessen wurden am Mittwochabend die Gewinner des Winterpokals sowie des erstmals ausgespielten Suruga Bank Cup ermittelt. San Lorenzo setzte sich in Mar del Plata mit 2:0 gegen Independiente durch, das obendrein noch Pusinieri und Herrón durch Platzverweise verlor. Copa Sudamericana-Gewinner Arsenal besiegte Gamba im japanischen Osaka mit 1:0 und sicherte sich damit, gerade einmal sechs Jahre nach dem Aufstieg in die erste Liga, seinen zweiten internationalen Triumph innerhalb weniger Monate und ein Preisgeld in Höhe von USD 200.000.

AUSFLÜGE UND REISEN

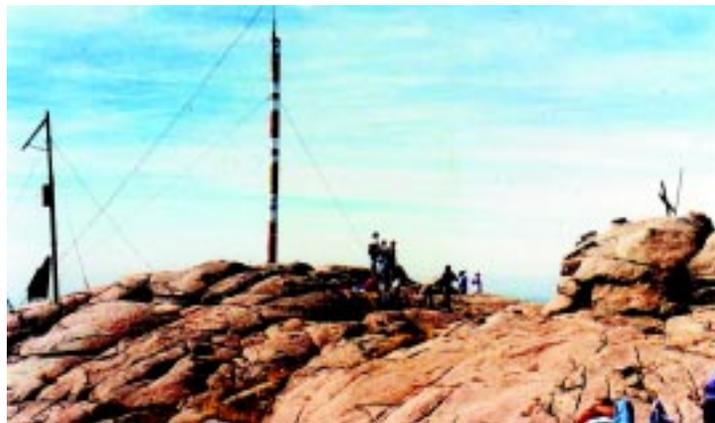
Jetzt auf Belagstrasse zum Gipfel des Champaquí

Ein Berg, der eigentlich keiner ist und trotzdem unzählige in seinen Bann schlägt. Denn der Cerro Champaquí in den Cordobeser Bergen ist kein Einzelberg im klassischen Sinne, also weder eine Pyramide noch ein Konus, sondern lediglich eine Erhebung in einem Massiv aus uraltm Felsgestein, das die Llanos von La Rioja vom Valle de Calamuchita scheidet.

Der Champaquí bildet mit eine Bergkette, die sich Cumbres de Achala und Sierra de Comechingones nennt und sich von Norden nach Süden zieht. Die Höhenangaben schwanken zwischen 2790 und 2860 Meter. Aber so wichtig ist das auch nicht: mit knapp dreitausend Meter ist der Koloss praktisch so hoch wie die Zugspitze.

Vermutlich ist der Champaquí der am häufigsten begangene argentinische Berg, weil er einerseits so leicht zu erklimmen ist. Aber andererseits hat er es auch in sich: da das Bergmassiv eine scharfe Klimagrenze darstellt, kommt es oft zu schroffen

Wetterstürzen. Die Bergsteiger



Der Gipfel ist durch mehrere Antennen gekennzeichnet.

können sich dann unverhofft mitten im dichtesten Nebel wiederfinden und sind plötzlich orientierungslos. Fast jedes Jahr führt das dazu, dass winters wie sommers einzelne Bergsteiger oder aber ganze Gruppen oder Schulklassen sich verirren und manchmal ein oder zwei Tage verschollen bleiben.

Die gute Nachricht, die diesen Bericht rechtfertigt: jetzt führt eine Belagstrasse direkt bis auf den Gipfel. Bisher war sie teilweise geschottert, und man musste den Wagen auf einem Parkplatz unterhalb der Spitze abstellen und die letzten fünfhundert Meter per pedes bewältigen.

Besagte Autostrasse beginnt in Santa Rosa de Calamuchita, führt über Yacanto de Calamuchita und Puesto Los Corrales bis zur höchsten Erhebung des Champaquí, die aus durch Erosion

gerundeten Felsbrocken geformt ist. Hier, von ganz oben, kann man an einem klaren Tag westwärts bis weit hinein in die Provinz La Rioja blicken, aber auch nach Osten in das liebevolle Calamuchita-Tal mit seinen Bergen und Stauseen. Ganz oben stehen mehrere hohe Antennen und eine Büste von San Martín.

Von Westen ist also jetzt der Anmarsch leicht: entweder mit dem Auto auf Belag, oder aber zu Fuss von Villa General Belgrano über Atos Pampa und Villa Alpina. Manche bleiben oben in irgendeiner Berghütte oder im Zelt schlafen.

Je nach Plan geht es dann entweder zurück, oder aber den Westabhang hinunter. Dieser Hang ist wegen der Kontinentalverschiebung extrem steil, wie bei allen südamerikanischen Gebirgen (auch den Anden) charakteristisch.

Auf dem Gipfel steht man etwa oberhalb von San Javier in Traslal-

sierra. Hier gibt es mehr oder weniger ausgetretene Pfade, die im Zick-Zack hinunterführen, entweder zur wunderschönen Hostería La Constancia oder direkt nach San Javier bzw. Yacanto. La Constancia ladet geradezu dazu ein, nach glücklichem Gipfelsturm nicht nur einen stärkenden und würzigen Fünf-Uhr-Tee zu genießen, sondern evtl. gleich da zu bleiben. Ansonsten bietet San Javier Unterkünfte für jeden Geschmack und Geldbeutel.

Wer die Auffahrt zum Champaquí mit dem Auto in Angriff nimmt, gelangt in zwei Stunden leicht hinauf und noch schneller wieder herunter. Fährt man bis Yacanto hinunter, braucht man nicht wieder direkt ins Tal, sondern kann auf Schotterwegen bequem über Atos Pampa nach La Cumbrecita fahren und hier nächtigen.

Martí

Eröffnung am Tag der Deutschen Einheit:

www.allesdeutsch.com.ar

...für alle, die es deutsch mögen.



Parkplatz unterhalb des Gipfels.

Flyer
Lufthansa
City Center
(Zona Norte)
Leg. 213 Res.0447

Av. Fondo de la Legua 425
(B1609JEE) San Isidro
Tel.: (54 11) 4512-8100
E-mail: info@flyer.com.ar
www.flyer-de.de

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Der Dollarkurs schloss letzte Woche zu \$ 3,05, um 3,79% unter Ende 2007. Der Rofex-Terminkurs lag zum 30.9.08 bei \$ 3,057, zum 1.12.08 bei \$ 3,086, zum 2.1.09 bei \$ 3,106, zum 31.3.09 bei \$ 3,165, zum 30.6.09 bei \$ 3,225, und zum 10.3.10 bei \$ 3,425.

Die Währungsreserven der ZB betragen zum 18.7.08 u\$S 47,65 Mrd., um 0,04% mehr als vor 30 Tagen und um 3,19% über Ende 2007. Der Notenumlauf betrug \$ 74,41 Mrd. um 1,62% mehr als vor 30 Tagen und um 0,52% unter Ende 2007.

Die gesamten Depositen des Bankensystems betragen zum 18.7.08 \$ 209,98 Mrd., um 2,70% mehr als vor 30 Tagen und um 9,70% über Ende 2007. Fristdepositen haben im Laufe dieses Jahres um 22,66% zugenommen, bei einer Zunahme von 38,73% bei Depositen von 60 auf 89 Tage, von 46,90% auf 179 Tage, von 85,14% auf 365 Tage und einer Abnahme von 32,46% bei Depositen über 365 Tagen. Die Banken waren mit ihrer Politik der stark erhöhten Zinsen erfolgreich, aber bis zu einem Jahr.

Vordatierte Schecks auf 30 Tage wurde an der Börse von Buenos Aires zu 11,44% (Vorwoche: 13,19%) gehandelt. auf 60 Tage zu 11,76% (13,95%), auf 90 Tage zu 15,55% (14,19%), auf 120 Tage zu 15,27% (15,40%), auf 180 Tage zu 16,68% (17,32%) und auf über 180 Tage zu 19,10% (19,22%). Im allgemeinen sind die Zinsen zurückgegangen.

Der Goldpreis betrug in Buenos Aires bei 18 Karat \$ 8,26 je Gramm (Vorwoche: \$ 58,92) und bei 24 Karat \$ 95,50 (\$ 96,40).

Der Rindfleischpreis schloss letzte Woche auf dem Markt von Liniers für Ochsen zwischen 431 und 490 kg unverändert zu \$ 3 per kg Lebendgewicht, und für schwere Ochsen von 491 bis 520 kg zu \$ 2,80 bis \$ 3,17 (Vorwoche: \$ 2,45 bis \$ 2,80).

Der Umsatz der Supermärkte lag mengenmässig laut INDEC im Juni um 29,4% über dem gleichen Vorjahresmonat, wobei der Umsatz zu laufenden Preisen um 33,7% höher war. Die Preise lagen im Juni um 0,6% über Mai, und im 1. Halbjahr 2008 um 4,35% über dem Vorjahr. Diese Angaben des INDEC werden von privaten Wirtschaftlern nicht ernst genommen.

Der Verbrauch öffentlicher Dienste lag gemäss der monatlichen Erhebung des Statistischen Amtes (INDEC) im Juni um 9,1% über dem gleichen Vorjahresmonat und um 1,1% unter Mai. In den Vormo-

naten lag die interanuelle Zunahme stets über 20%.

Die Zeitung Clarin berichtet, dass die Präsidentin das Dekret unterschrieben hat, das die Ausnahme der Gewinnsteuer für finanzielle Treuhandfonds (die 1998 eingeführt wurde) abschafft. Diese Fonds werden vornehmlich für die Finanzierung dauerhafter Konsumgütern eingesetzt, zum geringsten Teil auch für die Landwirtschaft.

Durch Beschluss 2404 des ONCCA-Amtes wurde der Export von 902.863 t Weizen genehmigt. Davon entfallen 560.863 t auf einen Überschuss der im Juni autorisierten Menge, die jedoch schliesslich nicht exportiert wurde, weil die angegebene Käufer von ihren Kaufabsichten zurücktraten. Voraussichtlich wird der Weizen an Brasilien geliefert werden.

Die Firma Papel Misionero wird in den kommenden 36 Monaten über \$ 135 Mio. im Zuge eines Planes zur Umstrukturierung der Produktion in der Papier- und Zelluloseindustrie investieren. Die Ausstattung soll danach zu den ökologisch fortschrittlichsten Technologien zählen, mit dem Ziel eine völlig umweltverträgliche Produktion zu erreichen.

Das Stadtparlament von Buenos Aires hat die langjährige Diskussion über die lokale Pensionskasse für Anwälte abgeschlossen. Das Gesetz 1181 wurde außer Kraft gesetzt, das 2003 die Sozialversicherungskasse für Anwälte der Stadt Buenos Aires geschaffen hatte. Die so genannte Caccaba aufzulösen wurde bei Wahlen des Anwaltskollegiums der Stadt am 10. April beschlossen.

Durch den Beschluss 189 des Wirtschaftsministers stieg ab Dienstag die Exportzollquote für Weizenmehl um 8% auf 18%. Somit liegt die Zolldifferenz zwischen dem Getreide und seinem wichtigsten Erstprodukt bei 10%. Auf Mehlmischungen und Teigwaren wurde eine Zollsteigerung von 5% eingeführt

Laut Angaben des Statistikamtes (Indec) stiegen die Verkäufe in Shopping-Centern im Juni im Vergleich mit dem Vorjahresmonat mengenmässig um 26,2%, und gegenüber Mai um 2,4%. Laut Indec stiegen die Preise in den Läden innerhalb der letzten zwölf Monate nur knapp 0,1%. Die Verkäufe in Shopping-Centern stiegen in der ersten Jahreshälfte im Vergleich zum Vorjahr um 27,4%. Bei der Umfrage wurden 2.540 Läden in 32 Centern befragt. Die Verkäufe zu laufenden Preisen lagen im Juni bei \$ 661,1 Mio., 5,8% mehr als im Mai und 25% mehr als im gleichen Vorjahresmonat.

Das Indec informierte, dass die

Beschäftigung in der Industrie im zweiten Quartal gegenüber der gleichen Vorjahresperiode um 4,8% gestiegen ist. Die Arbeitsstunden nahmen um 7% und das Nettoeinkommen um 23,1% zu. Der Arbeitsindex zeigte im 2. Quartal eine Zunahme von 1,3% gegenüber dem ersten. Diese Wachstumstendenz setzt sich schon seit dem vierten Quartal 2007 fort. Im ersten Halbjahr stieg die Beschäftigung der Industrieangestellten um 5% gegenüber dem ersten Halbjahr 2007. Darin spiegeln sich die Arbeitsstunden wieder, die im 2. Quartal gegenüber dem 1. Quartal um 12% stiegen, im ersten Halbjahr verglichen mit den ersten sechs Monaten 2007 um 5,5%.

Die Arbeitnehmer in der Provinz Buenos Aires haben ab diesem Monat gemäß Provinzgesetz 13.829 die Möglichkeit, einen Gerichtsprozess an Provinzgerichten mit einem beschleunigten Verfahren einzuleiten, um maximal drei rückständige Monatsgehälter oder Familienzahlungen einzufordern.

Der Beschluss 2474 der AFIP (Amtsblatt vom 28.07.08) hat die Frist für den Beitritt zum 15-jährigen Zahlungserleichterungsplan für Kliniken, öffentliche Krankenhäuser und Sozialeinrichtungen bis zum 31. August verlängert. Der Plan wurde im letzten Jahr für Einrichtungen geschaffen, die Steuer-, Sozialversicherungs- und Zollschnulden angehäuften und ihre Zahlungsfrist schon auf den 31. Juli des nächsten Jahres verlängert haben. Die Zahlungserleichterungen sind für öffentliche und private Stellen für medizinische Assistenz und Sozialeinrichtungen des nationalen Systems für soziale Sicherheit vorgesehen. Die Resolution beinhaltet auch die Möglichkeit, Pflichten vor Eintritt eines Notfalls aufzuerlegen.

Der Bauboom in der Hauptstadt beginnt abzufachen. Nach drei Jahren starken Wachstums fiel im ersten Halbjahr 2008 die Anzahl der Baugenehmigungsanträge. Das erste Halbjahr schloss insgesamt mit 1,2 Mio. qm neuer Baugenehmigungen in der Hauptstadt, das ist ein Abfall um 27,7% gegenüber der gleichen Vorjahresperiode.

Die Regierung der Stadt Buenos Aires hat am Montag die Zuteilung von elf unterirdischen Parkplätzen ausgeschrieben. Der Bau wurde per Gesetz 2000 bewilligt, doch nach der Ankündigung niemals durchgeführt. Die ersten Parkplätze sollen Mitte 2010 in Betrieb genommen werden. Bis Ende 2010 sollen alle fertig gestellt sein. Die Mehrheit wird in den nördlichen Vierteln der Stadt liegen. Jeder Parkplatz wird eine Kapazität von zwischen 400 und 800 Kfz haben. Somit verdoppelt sich die bestehende Kapazität von 5.582 auf 11.182. Die Parkplätze werden ausschliesslich von Privatunternehmen in Konzession gebaut. Die Verträge werden für 20 Jah-

re gültig sein; danach gehen die Parkplätze in den Besitz der Stadt über.

Das spanische Unternehmen Gas Natural hat 20% der Aktien seiner Vertretung in Argentinien zum Verkauf ausgeschrieben. Gas Natural Ban ist in Argentinien seit 1992 tätig und hat einen Konzessionsvertrag bis 2037. Es verteilt Gas in 30 Distrikten Norden und Westen der Provinz von Buenos Aires und hat mit 1,4 Mio Verbrauchern den zweitgrößten Kundenstamm, darunter auch 100.000 Unternehmen. Es war das einzige Unternehmen, das seinen Vertrag neu aushandeln und seine Tarife erhöhen konnte. Im Gegensatz zu seiner Konkurrenz, die nur unerheblich die Tarife erhöhte, nahm Gas Natural im letzten Jahr \$ 116 Mio. ein. Das Unternehmen hat weltweit einen Umsatz von E 6,2 Mrd. Seine Hauptaktionäre sind La Caixa und Repsol YPF.

Ab August steigt der Mindestlohn von \$ 980 auf \$ 1.200, ab Dezember wird er \$ 1.240 betragen. Davon werden etwa 300.000 Arbeitnehmer profitieren, die keine Gesamtarbeitsverträge haben. Auch wurde bestimmt, wie die vier Kommissionen des Rates dauerhaft funktionieren: Anstellungen, Ausbildung, Produktivität und Mindestlohn sowie Arbeitslosenhilfe. Damit wurde versucht, ein Zeichen zu setzen, und den Dialog mit den Sektoren zu öffnen.

Der Wirtschaftler Carlos Melconian warnt in der Zeitung "Ambito Financiero" über die Entwicklung der Staatsausgaben, die dieses Jahr umgerechnet u\$S 60 Mrd. erreichen werden, was in konstanten Dollar (berichtigt gemäss dem Index der Konsumentenpreise der USA) u\$S 10 Mrd. mehr als der Durchschnitt der 90er Jahre darstellt. Die "Achillesferse" bestehe gegenwärtig in den Subventionen, die von \$ 4 Mrd. im Jahr 2006 auf \$ 15 Mrd. 2007 gestiegen sind und dieses Jahr zwischen \$ 25 und \$ 30 Mrd. liegen werden. (Anmerkung: einige Wirtschaftler reden

PERSONALNACHRICHTEN

Geburtstage im Altersheim „Los Pinos“: Grinner Jaime, 97, am 7.8; Lange Julia geb. Druskus, 90, am 10.8; Lang Fernando, 75, am 10.8; Kirchoff Ilse, 86, am 14.8; Alvarez Irma, 94, am 20.8; Quispes Maria, 90, am 21.8; Gomez Maria Perpetua, 95, am 22.8; Meniga Catalina, 76, am 24.8; Alderisio Biase, 85, am 25.8; Zerbe Elsa, 93, am 31.8.
Geburtstage: Lotti Bergner, 80, am 2.8.

Todesfälle: Nagler Paula, 104, am 23.6; Debernardi Irma, 93, am 23.7; Garcia Eber Maria 87, am 24.7.; Federico Gerhard Starke, 90, am 26.7.

Geburten: Leopold, am 18.7.

Das Gesetzesprojekt über Rentenindexierung

Die Regierung hat letzte Woche ein Gesetzesprojekt im Kongress eingebracht, durch das die Pensionen, Hinterbliebenenrenten u.a. Renten ab Anfang 2009 zwei Mal im Jahr automatisch erhöht werden, je zu 50% auf der Grundlage der Zunahme, die der allgemeine Lohnindex (für den öffentlichen und den legalen privaten Bereich) ausweist, und der Einnahmen des Sozialversicherungsamtes ANSeS aus Steuern. Von den Mitteln, mit denen die Renten bezahlt werden stammt fast die Hälfte von Beiträgen, die auf Löhne und Gehälter berechnet werden, und etwas über die Hälfte aus Anteilen an der nationalen Gewinnsteuer, der MwSt. u.a. Steuern. Die erste Erhöhung soll im März erfolgen, auf der Grundlage der Entwicklung der genannten Grössen im letzten Quartal 2008.

Wenn Löhne und Gehälter steigen, dann werden voraussichtlich auch die auf diese berechneten Beiträge an das ANSeS entsprechend zunehmen, und wenn der Beitrag aus Steuern steigt, ist ebenfalls die Finanzierung der zunehmenden Renten gesichert. Da ausserdem damit gerechnet werden kann, dass die Zahl der Rentner in den kommenden Jahren abnimmt, sind die Finanzen des ANSeS gesichert und sollten noch einen Überschuss ausweisen, dessen Verteilung an die Rentner auch im Gesetz vorgesehen werden sollte. Die Abnahme der Zahl der Rentner ergibt sich daraus, dass die neuen Pensionäre zunehmend dem privaten System zur Last fallen, während diejenigen, die sterben, ihre Renten vom Staat beziehen. Die Sterblichkeitsrate ist bei Rentnern relativ hoch.

Bis 1994 waren die Renten direkt indexiert. Die Reform von 1994 hat dies abgeschafft, wobei bestimmt wurde, dass der Überschuss jeweils verteilt würde. Das bedeutet sinngemäss, dass das ANSeS kei-

nen Überschuss aufweisen darf, es sei denn einen kurzfristigen, um Vorsorge für eine eventuelle Zunahme der Ausgaben zu treffen. Dies wurde jedoch nicht eingehalten. Der ANSeS-Überschuss wurde in den letzten Jahren eingesetzt, um das Schatzamt zu finanzieren.

Bestimmte Berufsgruppen mit Sondersystemen werden von der neuen Regelung ausgenommen. Lehrer, Wissenschaftler, Diplomaten u.a., deren Pensionen zu 82% oder 85% an das Gehalt gekoppelt sind, das die Beamten erhalten, die die gleiche Arbeit verrichten wie früher der Rentner, sollen weiterhin nach diesem System bezahlt werden.

Das Gesetzesprojekt hält sich nicht an das Urteil des Obersten Gerichtshofes im Fall "Badaro", das eine volle und rückwirkende Indexierung gemäss der Lohnentwicklung verfügt hat. Die zahlreichen Klagen, die der Justiz vorliegen, gehen somit weiter, wobei voraussichtlich zusätzliche hinzukommen. Das Gesetzesprojekt kann vom Obersten Gerichtshof eventuell ab 1.1.09 als Erfüllung der Indexierungsaufgabe betrachtet werden, löscht aber die nicht-Indexierung der vergangenen Jahre nicht aus.

Die Pensionäre und Rentner teilen sich folgendermassen auf:

	Zahl (in 1.000)	Anteil (in %)
Pensionen	3.383	60,4
Hinterbliebenenrenten	1.292	23,0
Renten ohne Beiträge	592	10,6
Renten von privaten Kassen ⁽¹⁾	314	5,6
Renten von Malwinensoldaten	20	0,4
Insgesamt	5.602	100,0

(1). In diesem Fall geht es für das ANSeS nur um den sogenannten universellen Grundbetrag.

schon von \$ 35 Mrd. und mehr). Die Subventionen machten schon 11% der Fiskaleinnahmen aus, und haben eine stark steigende Tendenz. Gegenwärtig reiche eine Erhöhung der Tarife um 25% nicht aus, die die Subventionen auf ein vernünftiges Maass zurückzuführen.

Bundesrichter Francisco de Assis Soto hat sein 2005 getroffenes Urteil über die Zahlung von \$ 332,3 Mio., die mit Zinsen auf über \$ 600 Mio. ansteigen, an die Greco-Gruppe widerrufen, nachdem ihm vom Präsidenten der radikalen Partei (UCR) Gerardo Morales, und vom Senator Ernesto Sanz Unterlagen vorgelegt wurden, die sich auf die hohen Schulden der Greco-Gruppe gegenüber dem Staat beziehen. Der Fall war aufgefliegen, als das Parlament eine Erweiterung der im Haushaltsgesetz vorgesehenen Zahlungen zurückwies, in denen die damalige Ministerin Felisa Miceli auch die vom Richter verfügte Zahlung an die Greco-Gruppe eingeschlossen hatte. Diese Gruppe hatte Ende der 80er Jahre eine Reihe von Weinkellereien mit Geldern ihrer Bank, der "Banco de los Andes" gekauft. Diese Bank musste dann wegen Zahlungsunfähigkeit liquidiert werden, und die Militärregierung intervenierte die Gruppe, die gleichzeitig zusammengebrochen war. Unter der Alfonsín-Regierung wurden der Familie Greco einige Kellereien zurückgegeben und auch eine Entschädigung anerkannt, wobei die Schuld der Gruppe gegenüber der ZB, die damals für die Depositen der Bank gutstehen musste, nicht berücksichtigt wurde, was suspekt erscheint. Jetzt soll angeblich die Kompensation erfolgen, die seit 1980 fällig ist, wobei

die Greco-Gruppe womöglich noch Geld schuldig bleibt.

Die Consulting-Firma Ecolatina (die der ehemalige Wirtschaftsminister Roberto Lavagna gegründet und lange Zeit geleitet hat) hat berechnet, dass die Preise der Sachgüter und Dienstleistungen, die Unternehmen allgemein kaufen, im Juni eine jährliche Zunahme von über 20% aufweisen. Die Erhöhungen in 12 Monaten waren in einzelnen Fällen wie folgt: Logistikausgaben: 35,4%; Mahlzeitdienste: 48,7%; Brennstoffe: 22,2%; Büromiete: 23,4%; Gesundheitsbetreuung der Belegschaft: 32,8%; Arbeitskosten: 25,9%; Passagiertransport: 28,2%.

Die Rückverstaatlichung von Aerolíneas Argentinas und Austral wirft grosse Probleme auf. Dabei wurde zunächst darauf hingewiesen, dass bei diesen Unternehmen fast 300 Angestellte auf ein Flugzeug entfallen, wogegen in der Branche weltweit 100 schon als zu hoch betrachtet werden.

Durch Beschluss 742/08 des Energiesekretariates (Amtsblatt vom 28.7.08) wurde CAMMESA (das Staatsunternehmen, das den Grossistenmarkt für Strom betreibt) ermächtigt, den privaten Kraftwerksunternehmen Schulden von über einer Milliarde Pesos zu zahlen, sofern diese sich vertraglich verpflichten, Anlagen zu reparieren oder deren Leistung zu erhöhen. Das neue System funktioniert so, dass die Schuldenzahlung jeweils den für die genannten Zwecke aufgewendeten Betrag verdoppelt. Die CAMMESA-Schulden stammen vornehmlich aus

der Verpflichtung, für die zusätzlichen Kosten der Wärmekraftwerke aufzukommen, die sich aus dem Übergang von Gas auf Heizöl oder Dieseltreibstoff im Winter ergeben. CAMMESA ist hochverschuldet und kann nur zahlen, wenn es Mittel vom Schatzamt erhält, was jetzt angeblich der Fall sein soll. Die privaten Betreiber von Kraftwerken weisen darauf hin, dass ausserdem die Tarife stark zurückgeblieben sind, so dass sie Schwierigkeiten haben, ihre Kosten zu decken.

Bei der Ausschreibung von ZB-Wechseln vom letzten Dienstag wurde ein Betrag von \$ 1,9 Mrd. angeboten, jedoch nur \$ 1,79 Mrd. gezeichnet, wobei jedoch letzte Woche Wechsel in Höhe von \$ 2,47 Mrd. verfielen. Für Lebac auf 126 Tage wurde 11,6% gezahlt, auf 301 Tage 12,05% und auf 364 Tage 12,20%. Bei Nobac-Wertpapieren blieb der Satz für 6 Monate bei 0,69% über dem Badlar-Satz, für 9 Monate bei 0,99% und für ein Jahr bei 1,55%.

Am Mittwoch kündigte Planungsminister Julio de Vido eine Erhöhung der Haushaltstarife für elektrischen Strom im Raum der Bundeshauptstadt und Umgebung ab 1.7.08 an. Die Massnahme betrifft die Stromverteilungsunternehmen Edenor, Edesur und Edelap, und zum Teil auch das Stromferntransportunternehmen Transener. Bei einem Konsum von bis zu 650 KW bleibt der Tarif unverändert, bei 651 bis 800 Kw beträgt die Zunahme 10%, bei 801 bis 900 kW sind es 15%, bei 901 bis 1.000 KW 20%, bei 1.001 bis 1.200 25% und über 1.200 30%. Der gewogene Durchschnitt macht 21% aus. Für Unternehmen beträgt die Zunah-

me 10%. Transener erhält eine Zunahme von 1%. Die Erhöhung entfällt nicht auf die Kraftwerke. Von den Haushalten besteht jetzt bei 24%, die etwa die Hälfte des Konsums dieses Bereiches ausmachen, eine Erhöhung. Eine Verhandlung mit den Verteilungsunternehmen über eine integrale Tarifreform ist für Februar 2009 vorgesehen. De Vido schätzte, dass der Staat dank dieser Erhöhung \$ 300 Mio. im Jahr sparen wird. Ebenfalls erklärte der Minister, dass die zusätzlichen Einnahmen der Unternehmen zur Finanzierung eines Investitionsplanes bestimmt seien, der \$ 6 Mrd. in 10 Jahren ausmache. Die betroffenen Unternehmen weisen indessen darauf hin, dass der Betrag für Deckung der Betriebskosten notwendig sei.

Durch Beschluss 195/07 des Wirtschaftsministeriums (Amtsblatt vom 30.7.08) wurde bestimmt, dass lokale Unternehmen und Personen, die in Argentinien wohnhaft sind, während 30 Tagen Geld aus dem Ausland in Beträgen über us\$ 2 Mio. ins Land bringen können, ohne 30% auf ein Jahr zu hinterlegen, wie es bisher bestimmt war.

Die Zeitung Clarín berichtet (31.7.08), dass im Landwirtschaftssekretariat eine Erhöhung des Exportzollens auf Sojabohne von 35% auf 40% und eine Senkung bei Weizen und Mais um 5 Punkte auf 23%, bzw. 20% studiert wird. Bei Sonnenblume soll der Exportzoll von 32% unverändert bleiben. Eventuell soll es dabei eine Sonderbehandlung für kleine Landwirte geben. Das System der beweglichen Exportzölle (Beschluss 125 des Wirt-

Aussenhandel im Juni mit geringem Überschuss

Im Juni fiel der Aussenhandelsüberschuss mit nur u\$ 308 Mio. auf den niedrigsten Stand seit 7 Jahren, und lag um 67% unter dem gleichen Vorjahresmonat. Ohne die Zunahme der Preise, die in diesen 12 Monaten eingetreten ist, wäre der Saldo gemäss einer Berechnung der Consulting-Firma abeceb um u\$ 210 Mio. negativ gewesen.

Der Export lag mit u\$ 5,45 Mrd. um 21% über dem Vorjahr, und der Import mit u\$ 5,15 Mio. um ganze 44% höher. Im 1. Halbjahr 2008 lag der Export mit u\$ 33,26 Mrd. um 34% über dem Vorjahr und der Import mit u\$ 28,11 Mrd. um 45% höher, was einen Überschuss von u\$ 5,14 Mrd. ergibt, 5,8% unter dem Vorjahr. Für ganz 2008 wird mit Importen von u\$ 60 Mrd. gerechnet, was gemäss der Berechnung des Wirtschaftlers Carlos Melconian in konstanten Dollar um u\$ 15 Mrd. über 1998 liegt. Der Aussenhandelsüberschuss, der offiziell Anfang des Jahres auf u\$ 12 Mrd. geschätzt wurde, dürfte jetzt kaum u\$ 10 Mrd. übersteigen. Das reicht aus, auch um die Devisenreserven der ZB weiter zu erhöhen, sofern die Kapitalflucht zurückgeht und/oder frisches Kapital ins Land strömt. Darüber bestehen jedoch Zweifel.

Im Juni lag die exportierte Menge bei primären Produkten (vorwiegend landwirtschaftliche) um 9% unter dem Vorjahr, wobei die Preise um 43% höher waren. Die Menge von Industrieprodukten auf landwirtschaftlicher Grundlage war um 25% niedriger als vor einem Jahr, aber die Preise waren um 56% höher. All das spiegelt den Konflikt mit der Landwirtschaft sehr deutlich, wobei vorwiegend genommen werden kann, dass die im Mai und Juni nicht exportierten Mengen von Getreide und Ölsaaten, sowie deren Industrieprodukten, ab Juli aufgeholt werden. Der Export von Brennstoffen (Erdöl, Erdölprodukte und Gas) nahm in Mengen um 45% ab. Hingegen lagen die Exporte von reinen Industrieprodukten im Juni um 30% über dem Vorjahr, mit einer Zunahme von 20% der Mengen und von 9% der Preise.

Vom Gesamtexport (in Dollar) entfällt im Juni 33% auf Industrieprodukte landwirtschaftlichen Ursprungs, 30% auf reine Industrieprodukte, 25% auf primäre Produkte und 7% auf Brennstoffe und Energie. Zwei Drittel der Exporte entfielen somit auf Industriegüter, wobei diejenigen landwirtschaftlichen Ursprungs allerdings in den meisten Fällen (wie Speiseöl und -mehl) einen geringen industriellen Zusatzwert haben. Die Landwirtschaft hat ihrerseits direkt und indirekt zu etwas über der Hälfte der Exporte beigetragen.

Bei den Importen nahm die Menge im Juni um 22% und die durchschnittlichen Preise um 18% zu. In diesem Fall sagen die Durchschnittspreise wenig aus, da sich die Zusammensetzung der Importe geändert hat. Die starke Zunahme der Importe von Computern u.a. Informatikgeräten, die in einem Jahr billiger geworden sind, führt zum Trugschluss verteuerter Importe, nur weil diese Geräte wenig wiegen und einen hohen Wert pro Kilogramm haben. Von den Importen entfielen im Juni 35% auf Halbfabrikate, 23% auf Kapitalgüter, 17% auf Zubehör- und Ersatzteile von Kapitalgütern, 11% auf Konsumgüter, 7% auf Kfz., und 7% auf Brenn- und Schmierstoffe.

Der Aussenhandel mit den Mercosur-Partnern (vornehmlich Brasilien) nimmt weiter zu. Im 1. Halbjahr lag der Mercosur-Anteil beim Import mit 35% und beim Export bei 24%, und im Juni lag der Importanteil bei 43% und der Exportanteil bei 34%, was eine steigende Tendenz zum Ausdruck bringt. Trotz aller Schwierigkeiten, die innerhalb des Mercosur bestehen, zeugt der zunehmende Aussenhandel von einer erfolgreichen Integrierung.

schaftsministeriums) soll nicht wieder eingeführt werden. Angeblich soll dies durch Beschluss des Wirtschaftsministeriums und nicht durch Gesetz verfügt werden.

Laut Daten des Indec ist die Bautätigkeit im Juni gegenüber

dem gleichen Vorjahresmonat um 6,6% gefallen, verglichen mit Mai um 8,8%. Im Juni stieg die Lieferung von Hohlziegel um 38,6% und Fliesen und Keramikverkleidung um 5%, während Asphaltierung um 34,1% und Malerarbeiten um 13,9% zurückgingen.

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Hohe Kapitalflucht im 2. Quartal

Die ZB berichtet, dass das Kapitalkonto der Zahlungsbilanz im 2. Quartal 2008 ein Defizit von u\$ 7,16 Mrd. ausweist, das sich aus einer Kapitalflucht von u\$ 8,4 Mrd. ergibt, die zu u\$ 1,24 Mrd. durch Deviseneinnahmen der ZB und des Schatzamtes ausgeglichen wurde. Die ZB hat in dieser Periode u\$ 2,74 Mrd. von ihren Devisenreserven verkauft (was knapp über 5% der Reserven von u\$ 50,46 Mrd. zum 31.3.08 ausmacht), Wertpapiere in Dollar gekauft, und auch aktive Dollarswaps durchgeführt, was insgesamt u\$ 850 Mio. ausmacht. Somit verbleibt ein Betrag von u\$ 3,6 Mrd., der durch den Überschuss der ZB bei laufenden Zahlungen mit dem Ausland und durch Kapitaleingänge gedeckt wurde, die die ZB für diese Periode auf u\$ 770 Mio. berechnet hat, was 50% über dem Vorjahr liegt.

Im 1. Quartal war die Kapitalflucht gering, so dass sie im ganzen 1. Halbjahr u\$ 9 Mrd. ausmacht, doppelt so viel wie die u\$ 4,66 Mrd. von ganz 2007. Gleichzeitig mit der Kapitalflucht setzte auch eine Zunahme der Überweisung von Gewinnen und Dividenden von Auslandsunternehmen ein, mit u\$ 945 Mio. im 2. Quartal 2008, gegen nur u\$ 290 Mio. im gleichen Vorjahresquartal. Wie weit dies im Grunde auch Kapitalflucht darstellt, sei dahingestellt.

In 12 Monaten zum 30. Juni betrug die Kapitalflucht u\$ 19,27 Mrd. Es waren u\$ 5,24 Mrd. im 3. Quartal 2007, u\$ 3,37 Mrd. im

4. Quartal 2007, u\$ 2,27 Mrd. im 1. Quartal 2008 und u\$ 8,37 Mrd. im 2. Quartal 2008. Die Kapitalflucht in diesen vier Quartalen wurde jedoch durch Einnahmen in Höhe von u\$ 22,30 Mrd. mehr als ausgeglichen, so dass ein Saldo von u\$ 3,02 Mrd. verblieb, der zur Erhöhung der ZB-Reserven beitrug. Von den Deviseneinnahmen entfallen u\$ 13,84 auf den Saldo der Handels- und Dienstleistungsbilanz, u\$ 5,02 Mrd. auf Kredite, und u\$ 3,4 Mrd. auf direkte Auslandsinvestitionen. Bis zum 2. Quartal 2008 bestand somit kein Problem, wobei die Kapitalflucht eigentlich dazu beitrug, dass die ZB nicht noch mehr Devisen kaufen musste, was ein internes monetäres Problem herbeigeführt haben könnte. Erst im 2. Quartal 2008 hat sich die Lage geändert, was offensichtlich eine indirekte Folge des Konfliktes mit der Landwirtschaft war. Nebenbei bemerkt: die jetzt bekanntgegebenen offiziellen Zahlen stimmen in ihrer Grössenordnung mit den privaten Schätzungen überein, die wir an dieser Stelle am 12.8.08 veröffentlicht haben.

Die Kapitalflucht kommt nicht in einer Abnahme der Depositen des Bankensystems zum Ausdruck, wie es 2001 und bei anderen Gelegenheiten der Fall war. Die gesamten Depositen lagen Ende Juni mit u\$ 209 Mrd. um 9% über Ende 2007. Die Banken mussten jedoch die passiven Zinsen stark anheben, um die Depositen behalten zu können, was eine rezessive Wirkung hat. Die gesamten Bankkredite stiegen ab Ende

Argentinischer Aussenhandel

In Mio. Dollar

	Ausfuhren		Einfuhren		Saldo	
2007						
Juni	4.480	(3.817)	3.580	(2.860)	900	(692)
Juli	4.603	(3.794)	4.124	(2.854)	479	(940)
August	5.023	(4.232)	4.607	(3.283)	416	(949)
September	4.802	(4.065)	3.963	(3.170)	839	(895)
Oktober	5.539	(4.225)	4.401	(3.254)	1.138	(971)
November	5.422	(4.109)	4.384	(3.237)	1.038	(872)
Dezember	6.030	(4.240)	3.881	(2.323)	2.149	(1.917)
2008						
Januar	5.639	(3.368)	4.475	(2.950)	1.164	(418)
Februar	5.189	(3.511)	4.207	(2.791)	982	(720)
März	4.961	(4.097)	4.160	(3.418)	801	(679)
April	5.791	(4.261)	4.927	(3.139)	864	(1.122)
Mai	6.203	(4.794)	5.198	(3.543)	1.005	(1.325)
Juni	5.454	(4.480)	5.146	(3.580)	308	(900)

Quelle: Indec, Vorjahr (...), * Provisorische Zahlen

2007 um 12% auf \$ 118 Mrd. per Ende Juni, was zeigt, dass auch die Banken mit ihren Mitteln nicht zur Kapitalflucht beigetragen haben. Man muss somit annehmen, dass laufendes Einkommen in Dollar oder Euro angelegt wurde (über den Kauf von Banknoten oder Überweisungen) und dass die Exporteure Devisen zurückbehalten haben, so dass weniger Devisen ins Land flossen, als den Exporten entspricht. Eventuell können auch Mittel, die bei nicht eingetragenen Finanzunternehmen angelegt sind (die die ZB nicht registriert, so dass keine Zahlen bekannt sind) zurückgezogen und für Devisenkäufe verwendet worden sein.

Gesamtwirtschaftlich wirkt sich die Kapitalflucht in einer entsprechenden Verringerung der Mittel aus, die für Investitionen und zusätzliches Arbeitskapital notwendig sind. Für ein Land mit einem hohen Investitionsbedarf wie Argentinien sollte die Kapitalbilanz stets positiv sein, um zur Finanzierung des Wachstums beizutragen. Das erfordert jedoch, dass sich das Land finanziell in die Welt integriert und Zugang zum internationalen Kapitalmarkt hat. Das bedeutet konkret eine grundsätzlich andere Einstellung als sie gegenwärtig bei der Regierung besteht, mit einer Lösung für die unbezahlte Staatsschuld an die "Holdouts", einer Regelung mit dem Pariser Klub und einer ernsthaften Anstrengung, um die zahlreichen Konflikte mit Privatunternehmen zu lösen, die sich in öffentlichen Diensten in den 90er Jahren engagiert haben, und den Weg zurück in den Rechtsstaat einzuleiten. Vorläufig geschieht

nichts dergleichen.

Ebenfalls wird die Kapitalflucht durch die Angst vor einem neuen Default gefördert. Dass die Staatsschuld jetzt, nach dem brutalen Abschlag, der 2005 im Rahmen der Umschuldung erfolgte, über dem Stand von Ende 2001 liegt, der seinerzeit als unhaltbar bezeichnet wurde, ist bedenklich, ebenso wie die Tatsache, dass diese Schuld weiter zunimmt. Argentinien braucht einen echten Haushaltsüberschuss, der in einer Verringerung der Staatsschuld zum Ausdruck kommt. Dieses Jahr dürfte die Regierung mit der Zahlung der fälligen Schulden über die Runden kommen; aber nächstes Jahr sieht der Fall komplizierter aus, und das schürt die Angst der Sparer, die den Zusammenbruch von 2002 noch in frischer Erinnerung haben.

Die Kapitalflucht vom 2. Quartal trifft mit der eigenartigen Kurspolitik der ZB zusammen, die den Wechselkurs zum Dollar von \$ 3,20 auf \$ 3,05 verringert hat. Ein Kurs, der als niedrig angesehen wird, ist stets ein Anreiz, um Devisen zu kaufen. Die ZB hätte vernünftigerweise bei ihren Devisenverkäufen eine leichte Kurszunahme zulassen müssen, um dann bei ihren Käufen wieder etwas billiger zu kaufen. Dabei hätte sie die interne Inflation wenigstens zum Teil begleiten können, wie es zu den Grundprinzipien der Kirchner-Wirtschaftspolitik gehört. Wenn jedoch die Regierung diese Prinzipien aufgibt, dann entsteht Ungewissheit, und diese wirkt schliesslich rezessiv. Ein Land mit hoher Kapitalflucht sollte sich den Luxus einer nominellen Aufwertung, die real noch viel höher ist, nicht leisten.

Der Konflikt mit den Getreide- und Ölsaatexporteuren

Am 24.7.08 forderte das Kontrollamt des Landwirtschaftssekretariates ONCCA durch Beschluss 1898 von den Exporteuren von Getreide und Ölsaat einen Betrag von u\$ 1,7 Mrd. als Rückzahlung wegen falsch angegebener Exportzölle. Im November 2007 hatten diese Exporteure Exporte gemeldet, ohne über die Ware zu verfügen oder sie schon verpflichtet zu haben. Bei Sojabohne betrug damals der Exportzoll 27,5%, so dass die Exportgeschäfte mit diesem Satz in das Register des Zollamtes (ROE) eingetragen wurden. Doch dann wurde der Exportzoll auf 35% angehoben, was eine Verringerung der internen Preise mit sich brachte, so dass die Exporteure dann billiger kaufen konnten und die Differenz eingesteckt haben. Dies wurde nachher durch das Gesetz 26.351 verhindert, das vom Deputierten Rafael Martinez Raimonda (Fortschrittliche Demokraten, Santa Fé) eingebracht wurde, das bestimmt, dass jeweils die Exportzölle gelten, die zum Zeitpunkt der Verschiffung bestehen.

Die Exporteure weisen jedoch darauf hin, dass das genannte Gesetz nicht rückwirkend angewendet werden darf. Die Kammer der Getreideexporteure (CEC) und die der Ölindustrie (CIARA) haben in diesem Sinn Protest erhoben.

Im Juni 2008 hat das ONCCA Amt, geleitet von Ricardo Echegaray (ehemaliger Zolldirektor und Kirchner-Freund) durch Beschluss 1487/08 bestimmt, dass die Exporteure die Ware bei Meldung des Exportgeschäftes gekauft haben müssen. Auf dieser Grundlage wurde eine Differenz von u\$ 650 Mio. berechnet, die von den Exporteuren gefordert wurde. Auch in diesem Fall wurde der Beschluss rückwirkend angewendet, mit dem Argument, dass das Gesetz auf alle Fälle schon vorher galt, auch wenn es nicht reglementiert war. Darüber lässt sich gewiss streiten; denn normalerweise treten Gesetze, die einer sehr spezifischen Reglementierung bedürfen, wie es hier der Fall ist, erst in Kraft, wenn diese bekanntgegeben wird. Hätte die ONCCA recht, dann hätte das Zollamt die Eintragung im Register (ROE) verweigern müssen.

Abgesehen vom prinzipiellen Argument, dass Gesetze und Beschlüsse nicht rückwirkend angewendet werden dürfen, weisen die Exporteure darauf hin, dass sie weder Zölle hinterzogen noch durch legale Tricks vermieden haben. Sie haben sich immer an die geltenden gesetzlichen Bestimmungen gehalten. Ausserdem stimmt die Rechnung des ONCCA-Amtes nicht, auch wenn man die erwähnten Beschlüsse rückwirkend anwendet.

Die Konsequenz dieses Vorgehens der ONCCA war eine unmittelbare Paralyisierung der Geschäfte und ein starker Rückgang der Preise von Getreide und Ölsaat auf dem Binnenmarkt. Es handelt sich somit erneut um einen Schaden für die Landwirte. Beim Handel mit Getreide und Ölsaat ist es wichtig, dass Termingeschäfte getätigt werden können, so dass die Landwirte binnen einer bestimmten Frist zu einem schon festgesetzten Preis liefern müssen (wobei sie eventuell eine Vorfinanzierung auf diesen Kauf erhalten), und die Exporteure dann auch zu diesem Termin ausführen. Wenn der Exporteur jedoch den Exportzoll erst im Moment des Exportes kennt, dann sind diese Geschäfte mit einem hohen Risiko belastet und somit kaum möglich. Das Gesetz Martinez Raimonda und die ONCCA-Beschlüsse zeugen von geringer Kenntnis des Handels mit Getreide und Ölsaat und wirken störend, zum Schaden der Landwirte und des Landes.

Big Mac-Preise und Wechselkurs

Die angesehene Wirtschaftszeitschrift "The Economist" (London) berechnet alljährlich Kaufkraftparitäten zahlreicher Länder an Hand des Preises für ein Sandwich ("Hamburger") des Typs Big Mac der McDonald-Kette, und hat soeben das Ergebnis für Mitte 2008 veröffentlicht. Da dieses Unternehmen auf der ganzen Welt nur minimale Abweichungen duldet, kann man davon ausgehen, dass es sich um ein homogenes Produkt handelt, das die Kaufkraft in den einzelnen Ländern gut zum Ausdruck bringt.

Die Liste, von oben nach unten, ist folgende:

Land	Preis in Dollar
Norwegen	7,88
Schweden	6,37
Eurozone	5,34
Brasilien	4,73
Grossbritannien	4,57
Kanada	4,08
Kolumbien	3,89
Argentinien	3,64
USA	3,57
Australien	3,36
Costa Rica	3,27
Peru	3,20
Mexiko	3,15
Chile	3,13
Japan	2,62

Land	Preis in Dollar
Uruguay	2,55
Russland	2,54
Südafrika	2,24
Hong Kong	1,71
Malaysien	1,70

Nachdem der Big Mac im Wesen aus Weissbrot und Hackfleisch besteht, ist es schwer zu begreifen, dass Argentinien so weit oben in der Liste liegt. Denn Brot wird hier künstlich durch den Exportzoll für Weizen und die Exportkontingentierung verbilligt, und Rindfleisch ebenfalls durch die Exportbeschränkung. Die Dollarpreise für Mehl und Fleisch liegen somit stark unter denjenigen, die in den meisten anderen Ländern gelten. Die Löhne, die auch ins Gewicht fallen, liegen in Dollar unter denen der USA, von Australien und Japan. Schliesslich wird hier auch Strom, Gas und Wasser künstlich stark verbilligt. Was jedoch in Argentinien den Big Mac verteuert ist die MwSt. von 21%, die es in den USA u.a. Ländern nicht gibt, oder nicht in dieser Höhe, wobei auch die Umsatzsteuer ("sales tax") in den USA viel niedriger ist. Das sollte jedoch weniger wiegen, als die

oben genannten Faktoren. Die Aufklärung dieses Paradoxons verdient gewiss eine Untersuchung durch Wirtschaftsforschungsinstitute.

Die Big-Mac-Parität wird auch verwendet, um den Wechselkurs zu beurteilen. Auf alle Fälle ist der Peso-Kurs real gegenüber dem Dollar nicht mehr hoch. Wenn der Kurs auf \$ 4,30 liegen würde, wie es Eduardo Curia u.a. Wirtschaftler befürworten, die die Wirtschaftspolitik der Kirchner-Regierungen unterstützen, dann wäre der Big Mac-Preis in Dollar wesentlich niedriger, wobei man jedoch berücksichtigen muss, dass dann Mehl und Fleisch auch teurer wären, und wohl auch die Löhne erhöht würden. Auch die Tarife für öffentliche Dienste wären dann höher. Bei einer Abwertung von 30% würde der Big-Mac-Preis in Dollar bestenfalls um die Hälfte zurückgehen.

Wenn man jedoch den lokalen Big-Mac-Preis mit dem der Eurozone vergleicht, aus der ein grosser Teil der Importe stammt, dann muss man schliessen, dass der Wechselkurs des Peso zum Euro immer noch real hoch ist. Die Problematik der Kaufkraftparitäten ist durch die starke Aufwertung des Euro zum Dollar komplizierter geworden. Ebenfalls macht die betonte Hausse der Commodities der letzten Jahre die Beurteilung der Parität bei Ländern, bei denen

der Export vornehmlich aus diesen besteht, komplexer. Argentinien exportiert zu über 90% Commodities, und zwar nicht nur Rohstoffe der Landwirtschaft und des Bergbaus, sondern auch industrielle Produkte, die in diese Kategorie fallen, wie Speiseöl, petrochemische Produkte, Stahl, Aluminium, Zellstoff und Papier u.a., deren Preise auch stark gestiegen sind. Die Austauschverhältnisse haben sich für Argentinien brutal verbessert, und das muss auch bei der Beurteilung des Wechselkurses in Betracht gezogen werden.

Schliesslich sei noch darauf hingewiesen, dass Brasilien vor einiger Zeit den Real gegenüber dem Dollar stark aufgewertet hat, so dass der Big Mac in Brasilien wesentlich teurer ist als in Argentinien. Somit wäre der Peso gegenüber dem Real nicht überbewertet, sondern im Gegenteil, stark unterbewertet. Das müsste dazu führen, dass Argentinien im bilateralen Handel mit Brasilien einen Überschuss erwirtschaftet, als Folge höherer Exporte und niedrigerer Importe. Doch genau das Gegenteil ist der Fall.

Auch dies verdient es, dass darüber nachgedacht wird, bedenkt man, dass Argentinien die Möglichkeit hat, viele brasilianische Importe aus Drittländern zu verdrängen, weil diese mit einem Zollsatz belastet sind, der für argentinische Ware nicht gilt.

280 Km/St. beim Hochgeschwindigkeitszug), was jedoch auch völlig neue Schienen und eine weit fortgeschrittene Technologie bei den Lokomotiven und Zügen erfordert. Das Projekt wurde auf \$ 8,33 Mrd. veranschlagt, was zum bestehenden Wechselkurs u\$s 2,7 Mrd. ausmacht, wobei man annehmen kann, dass der Betrag mit nicht berücksichtigten Kosten und Zinsen auf über u\$s 4 Mrd. ansteigt. Vier Unternehmensgruppen haben schon ihr Interesse bekundet, den Zug zu bauen, darunter auch die gleiche, die den Zuschlag für den Zug Buenos Aires-Rosario-Córdoba gewonnen hat.

Auch bei diesem Projekt fehlt die Studie, die das Gesetz 24.354 fordert. Es geht hier einmal um die Berechnung der Wirtschaftlichkeit, was bedeutet, dass bestimmt werden muss, wie hoch der Tarif sein muss, um die vollen Kosten zu decken, und wie viele Passagiere notwendig sind, damit die Rechnung aufgeht. Sollte sich dabei ein Tarif ergeben, der wie zu erwarten nicht tragbar ist (oder auf alle Fälle nicht mit der Zahl der notwendigen Passagiere kompatibel ist), muss man den Betrag der notwendigen Subvention berechnen, die dem Schatzamt zur Last fällt. Dabei muss man sich überlegen, ob das Schatzamt in der Lage ist, diese zusätzliche Ausgabe zu tragen. Es handelt sich auch hier um eine Subvention für den gehobenen Mittelstand, die gewiss keinen Sinn hat.

Zum Zweiten muss die Finanzierung studiert werden. Da keine Mittel aus dem normalen Haushalt verfügbar sind, muss das Projekt mit einem Kredit finanziert werden. Nun sind jedoch die Projekte des genannten Hochgeschwindigkeitszuges und auch die Verlegung der Sarmiento-Vorortbahn in einen Schacht zunächst verschoben worden, weil keine Auslandsfinanzierung möglich ist, weil sowohl die Rate des Landesrisikos, wie die des Defaultrisikos ("Default credit swap") die Grenze überschritten haben, die sich die Banken im Ausland für Kreditgewährungen dieser Art setzen. Man kann also davon ausgehen, dass auch dieses Projekt keine Finanzierung hat. Zum Glück!

Zum Dritten muss bei öffentlichen Investitionen die Priorität bestimmt werden. Gegenwärtig werden schon Objekte hinausgeschoben oder deren Durchführung verlangsamt, weil die Mittel nicht ausreichen. Erste Priorität hat somit die Beendigung der Projekte, die schon begonnen wurden. Sollte dann noch die Möglichkeit für weitere Staatsinvestitionen verbleiben (was zu bezweifeln ist), dann haben auf alle Fälle andere Vorrang vor dieser Eisenbahn, nämlich zunächst die Autobahnen Rosario-Córdoba und die Umwandlung der Strasse 14, die von der Brücke Zárate-Brazo Largo durch Entre Rios nach Gualeguaychú und Concordia führt, und von da nach Corrientes weiter geht, und auch mit Brasilien verbindet. Die bestehende Strasse ist wegen des Verkehrs mit Brasilien gefährlich überlastet. Schliesslich gibt es noch eine Reihe weiterer Projekte, die Priorität vor dieser Eisenbahn haben.

Das neue Eisenbahnprojekt hat überhaupt keine rationale Grundlage; es ist heller Wahnsinn und wirft Zweifel über die geistige Gesundheit der Beamten auf, die es befürwortet und genehmigt haben. Wie es Erich Kästner in den 30er Jahren so treffend sagte: Mit diesen Leuten ist kein Staat zu machen.

Der Wahnsinn dauert an

Nicht genug mit dem Hochgeschwindigkeitszug von Buenos Aires über Rosario nach Córdoba, der jetzt zum Glück nicht durchgeführt werden kann, hat die Regierung durch Beschluss 514/08 des Transportsekretariates (Amtsblatt vom 25.8.08) für den 30. September eine Ausschreibung eingeleitet, um eine Eisenbahn für den Personentransport zwischen Buenos Aires und Mendoza zu errichten. In diesem Fall wird die Geschwindigkeit auf 160 bis 180 Km/St. herabgesetzt (gegen



BASF

The Chemical Company